

Einen Unterschied machen

Liebe Leserinnen und Leser,

»Make a difference« – so nennt man im englischsprachigen Raum gelungenes Engagement. Ich finde diese Formulierung sehr gut, denn sie zeigt, worauf es ankommt. Freilich: Die Ergebnisse der Europa- und Kommunalwahl im Osten Deutschlands sind schwer zu ertragen. Doch wenn wir unseren Blick auf die guten Nachrichten wenden, dann sehen wir, wie viele Unterschiede bereits erreicht wurden. Das sollten wir bei aller Herausforderung durch den anwachsenden rechtsextremen Sog nicht ignorieren. Dass unser Engagement wichtig und wirkungsvoll ist, zeigt sich paradoxerweise auch in den Anstrengungen der AfD und ihres Umfelds, die Strukturen der Zivilgesellschaft anzugreifen. Hier bietet das Grundgesetz Schutz: Zu seinen Errungenschaften gehört das Recht, Vereine, Gesellschaften und Stiftungen zu gründen. Ein anderes Gebot ist, dass der Staat nicht alles, was für das Funktionieren der Gesellschaft nötig ist, auch selbst machen soll. Wenn also aus der AfD-Richtung zum Kampf gegen NGOs aufgerufen wird, ist das wie ein Ruf nach staatlich-totalitärer Kontrolle. Der Zivilgesellschaft wird vorgeworfen, nicht im Interesse des »deutschen Volkes« zu handeln, man raunt sogar von Verschwörung »fremder Mächte«. Die Amadeu Antonio Stiftung und der Name Kahane werden im gleichen Atemzug mit dem Schlagwort »Soros« genannt. Abgesehen von dem deutlich antisemitischen Ton, zeigen diese Leute, was sie von der Verfassung und den darin garantierten Freiheiten halten.



Die Zivilgesellschaft bringt – wie immer in der Geschichte des Kampfes um Menschenrechte – die Diskussion und die Praxis voran. In der Praxis werden Handlungslücken sichtbar, Missstände aufgedeckt, Ungerechtigkeiten thematisiert. Das alles ist im Sinne des Grundgesetzes, das doch den Schutz der menschlichen Würde und die Gleichheit aller Menschen an seinen Anfang gestellt hat. Alles, was diesem Gedanken nützt, kann und muss vorangebracht werden. Diese für die Politik oft mühseligen Aufgaben leisten NGOs ebenso wie die gesamte Zivilgesellschaft. Um das an dieser Stelle noch einmal zu betonen: Zur Zivilgesellschaft gehören alle, die Grund- und Menschenrechte aktiv verteidigen, ob organisiert oder nicht: Engagierte Journalisten, ebenso wie couragierte Polizisten oder Soldaten, wenn sie rechtsextreme Entwicklungen als solche benennen. Lehrer gehören dazu, Hausmeister, auch Politiker, wenn sie sich in schweren Stürmen von rechts dennoch für die Menschenrechte aussprechen.

Wir machen einen Unterschied. Im Osten wie im Westen. Und es wird gewiss schwerer werden. Nach den Europawahlen hat sich gezeigt, wo die ostdeutsche Landkarte dunkelblau geworden ist. Da sind Menschen, die aus rassistischen Gründen angegriffen werden und viele, die sich gegen den rechtsextremen Sog stemmen. Sie tun es in Vereinen, im Stadtteil, in der Flüchtlingshilfe, in Verwaltungen. Sie sind es, die täglichen Anfeindungen ausgesetzt sind. Sie werden als erste ihre Arbeit nicht fortsetzen können, wenn die Rechtspopulisten in Land oder Kommunen das Sagen haben. Auf sie sollte sich das Augenmerk der gesamten Bundesrepublik richten. Diese Menschen brauchen unsere Solidarität, und nicht stereotypes Erschrecken über »die braunen Ossen«, Beschwichtigung oder komplizierte Erklärmodelle. Das hält die rechtsextreme Welle nicht auf. Deshalb: Helft den wirklich Betroffenen und den Engagierten. Unterstützt die zivile Gesellschaft gegen die unzivile. Jetzt erst recht.

Anetta Kahane
Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung



Grundrechte
verteidigen!

Diese Omas verteidigen das Grundgesetz: »Alt sein heißt nicht stumm sein« ist das Motto der »Omas gegen Rechts«, die auf Kundgebungen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit in Berlin, Hannover, München und anderswo unterwegs sind. Wir freuen uns, die Engagierten dabei unterstützen zu können, dass ihr Protest für eine solidarische Gesellschaft so bunt und lautstark bleibt. Allein im Jahr 2019 hat die Amadeu Antonio Stiftung mit Hilfe ihrer Spender*innen bereits 87 Projekte und Initiativen gefördert.

Das Grundgesetz hat unfassbar viel Glück gehabt – aber dieses Glück hält nicht ewig und es hält nicht von allein

Von Heribert Prantl

Aller guten Dinge sind drei: Die erste deutsche demokratische Verfassung entstand 1848 in der bürgerlichen Revolution; diese Verfassung war wunderbar, aber kurzlebig; sie wurde von den Königen und Fürsten verdammt und zerrissen. Die zweite demokratische Verfassung entstand 1919, nach dem Ersten Weltkrieg; sie war klug, aber nicht haltbar; sie wurde zerstört und zerstört von den Nationalsozialisten. Die dritte demokratische Verfassung entstand 1949, nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie ist jetzt siebzig Jahre alt.

Dieses Grundgesetz ist kein Wunderwerk. Es ist nicht siebzigmal besser, als es die beiden anderen guten demokratischen Verfassungen waren. Es ist nicht unfassbar gut, sondern hat unfassbar viel Glück gehabt. Das erste Glück waren die besseren Zeitaläufe, also die wirtschaftliche Prosperität der Bundesrepublik. Das zweite Glück war das Bundesverfassungsgericht, das dem Grundgesetz Farbe und Leben gegeben hat. Das dritte Glück war die demokratische Lust der Bürgerinnen und Bürger. Aber so ein Glück hält nicht von allein, es hält nicht ewig. Dieses Glück braucht Leute, die sich was trauen, die dieses Glück erneuern, immer und immer wieder: Wir nennen diese Leute, etwas sperrig, »Zivilgesellschaft«.

Die Zivilgesellschaft ist der wirksamste Verfassungsschutz

Es gibt eine Behörde namens »Verfassungsschutz«. Sie soll den Staat gegen Extremisten verteidigen. Noch wichtiger als die Behörde Verfassungsschutz ist die Zivilgesellschaft – sie ist die wirksamste Verteidigerin der Grundrechte, sie ist der wirksamste Verfassungsschutz. Daher greifen die Kräfte von Rechtsrechtsaußen die Organisationen der Zivilgesellschaft an, sie wollen sie einschüchtern und kleinkriegen. Zumal die Organisationen, die gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit arbeiten, attackiert werden – sie nämlich

sind Herz und Seele der Zivilgesellschaft, die Amadeu Antonio Stiftung gehört dazu. Ich kenne und schätze sie seit den Tagen ihrer Gründung.

Es wäre ein seltsames Verständnis von Demokratie, in ihr nur ein statistisches Ritual zu sehen, das alle paar Jahre mit Hilfe einer Kiste vollzogen wird, die seltsamerweise Urne heißt. Demokratie ist mehr als Statistik, mehr als eine Abzählerei; sie ist eine Wertegemeinschaft. Demokratie ist eine Gemeinschaft, die ihre Mitglieder achtet und schützt. Eine solche Demokratie braucht stützende Institutionen und Hintergrundvoraussetzungen, welche die Haltungen, die sich in den Grundrechten kristallisieren, festigen. Die Stiftungen der Zivilgesellschaft, die gegen eine neue Unzivilität arbeiten, sind solche stützenden Institutionen.

Das Grundgesetz hat dieses Land geprägt

Unser Grundgesetz liest sich nicht wie ein Poesiealbum, da wird nicht herumgesülzt. Es ist so karg wie die Zeit, in der es formuliert wurde. Damals war niemandem nach Feiern und großen Worten zumute. Und in dem Satz mit dem es, kurz wie eine SMS, beginnt, steckt noch das Entsetzen über die Nazi-Barbarei: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.« Das Grundgesetz ist nicht bombastisch, es trumpft nicht auf, es ist leise; trotzdem hat es eine Kraft entwickelt, die ihm einst kein Mensch zugetraut hat. Ohne dieses Grundgesetz wäre das wiedervereinigte Land nicht, was es geworden ist: eine leidlich lebendige Demokratie, ein passabel funktionierender Rechtsstaat, ein sich mühevoller Sozialstaat.

Wer heute sagt, die Welt sei so gefährlich, der Terrorismus sei so bedrohlich geworden, man müsse deshalb die Freiheiten des Grundgesetzes einschränken, man dürfe nicht jedes Gesetz am Maßstab der Menschenwürde messen – wer so etwas sagt, der muss sich vergegenwärtigen, in welcher Zeit, in welcher Drangsal und angesichts welcher großen Gefahren das Grundgesetz entstanden ist. Die Grundrechte sind nicht zuletzt deswegen so eindrucksvoll, weil sie auf zitterndem Boden geschrieben wurden und

trotzdem so gar nichts Zittriges, gar nichts Zaghaftes haben.

Wünsche für das Grundgesetz

Das Grundgesetz ist 70 Jahre alt. Menschen in diesem Alter sind in Pension. Vom Grundgesetz wünsche ich mir das nicht. Ich wünsche dem Grundgesetz nicht, dass es sich aus dem Arbeitsleben zurückzieht. Ich wünsche den Grundrechten nicht, dass sie kürzertreten. Ich wünsche ihnen nicht, dass es ihnen so ergeht, wie es dem Asylgrundrecht ergangen ist. Ich wünsche unserer Verfassung nicht den Ruhestand, sondern neue Kraft und Stärke. Ich wünsche mir Grundrechte, auf die sich die Bürgerinnen und Bürger verlassen können; dazu Staatsgewalten, Gerichte, Parlamente und eine couragierte Gesellschaft, die diese Grundrechte verteidigen – gegen Entsolidarisierung, Ökonomisierungsexzesse und Datensammelwahn; gegen Rassisten, Nationalisten und Ausländerhasser. Ich wünsche mir Grundrechte, die auf dem Weg unserer Gesellschaft in die Internetwelt nicht bettelnd am Wegesrand stehen müssen. Ich wünsche mir Grundrechte, die die Gesellschaft auf diesem Weg begleiten und stärken.

Ich wünsche mir, dass die Politik dieses 70 Jahre alte Grundgesetz ernst nimmt. Ich wünsche mir, dass das Grundgesetz das Gesetz bleibt, das Grundlage ist für alles, was dieser Staat tut. In meiner verfassungspatriotischen Begeisterung übertreibe ich vielleicht ein wenig. Das alles wünsche nicht ich mir. Das alles wünsche ich uns und dem Grundgesetz zum Jubiläum. Ich wünsche unserem Land eine Zivilgesellschaft, die die Grundrechte hütet, verteidigt und belebt.

Prof. Dr. Heribert Prantl war Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung, 25 Jahre lang Ressortchef Innenpolitik, dann Leiter der neuen Redaktion Meinung. Seit dem 1. März ist er nun ständiger Kolumnist und Autor der SZ.

Unter Druck

Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Vorfeld der Landtagswahlen

Gerade noch waren die Laternenmasten voll mit den Wahlplakaten zur Europawahl und den Kommunalwahlen. Jetzt sind sie verschwunden – und werden doch bald wieder durch neue ersetzt. Der Osten läuft sich warm für den Landtagswahlkampf.

Von Susanne Kailitz

In Sachsen und Brandenburg wird am 1. September ein neues Parlament gewählt, Thüringen folgt am 27. Oktober. Von Schicksalswahlen ist wie schon zur Europawahl die Rede: Tatsächlich könnten die Abstimmungen im Spätsommer und Herbst gleich drei amtierende Regierungschefs die Posten kosten. Bisher deuten die Umfrageergebnisse der Meinungsforschungsinstitute darauf hin, dass sich die Parteienlandschaft in allen drei ostdeutschen Ländern deutlich verändern wird: In Sachsen muss die traditionell regierende CDU mit herben Einbußen rechnen. Aller Voraussicht nach wird es für die aktuelle schwarz-rote Koalition nicht reichen – und nachdem die AfD schon bei der Bundestagswahl

hauchdünn vor der CDU lag, stellt sich die Frage, ob Sachsen das erste Bundesland sein wird, in dem die rechtspopulistische Partei in Regierungsverantwortung kommt.

Das hat Ministerpräsident Michael Kretschmer zwar bisher verneint, sein Fraktionschef Christian Hartmann aber mochte bei seinem Amtsantritt im vergangenen September ein Bündnis nicht kategorisch ausschließen. In Thüringen verliert die Partei des ersten linken Ministerpräsidenten Bodo Ramelow an Zustimmung, sein rot-rot-grünes Bündnis ist in Gefahr. Und in Brandenburg sagen die Umfragen Verluste sowohl für Linke wie SPD voraus. Der sozialdemokratische Chef des rot-roten Bündnisses, Dietmar Woidke, muss zittern. Und überall legt die AfD zu; im Osten scheint die Partei von Alexander Gauland und Jörg Meuthen längst zur Volkspartei geworden zu sein.

Vorausseilender Gehorsam der Verwaltung

Das hat Folgen – sowohl für den parlamentarischen Alltag als auch für die Zivilgesellschaft. Am deutlichsten spürbar dürfte das bisher in Sachsen sein.

Denn hier wird es den Engagierten gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit schon lange nicht leicht gemacht. Viele Jahre lang haben die konservativen Kräfte im Land gelehrt, dass es überhaupt ein Rechtsextremismus-Problem gibt – und, als sie es dann spätestens nach den Aufmärschen in Chemnitz im vergangenen Jahr endgültig eingeräumt haben, gebetsmühlenartig betont, dass auch Linksextremismus bekämpft werden müsse. Das findet auch die AfD. Vereinen und Initiativen, die sich dem Kampf gegen Rechts verschrieben haben, möchte sie am liebsten die Fördergelder streichen, dafür aber eine Soko Linksextremismus einrichten. Es würden Informationen gesammelt, erklärt Martina Glass, Geschäftsführerin des Netzwerks für Demokratische Kultur (NDK) in Würzen, »und es wird klar formuliert, dass es keine öffentlichen Gelder für bestimmte Vereine mehr geben wird, sollte die AfD jemals in Regierungsverantwortung kommen.«

Diese Drohung sei deutlich, schlimmer aber sei der »vorausseilende Gehorsam«, der jetzt schon in Teilen der Verwaltung wahrnehmbar sei. »Man hat große Angst, sich angreifbar zu machen. Wenn wir Veranstaltungen planen, werden wir heute sehr viel intensiver als früher gefragt, ob da nicht Linksextremismus drinstecken könnte.« Bestimmte Themen würden gleich ganz gemieden: Über Rechtspopulismus etwa solle vor der Wahl lieber nicht mehr diskutiert werden. »Da ist immer die Angst, das könnte zu kritisch sein.« Das schlage sich inzwischen auch auf die Arbeit der Engagierten nieder: »Wenn wir Veranstaltungen planen, diskutieren wir viel länger als früher, ob wir einen bestimmten zugespitzten Titel wählen können oder lieber zurückhaltender sind. Das lähmt schon.« Ein Gutes aber habe die Situation: »Wir vernetzen uns viel stärker mit anderen Initiativen vor Ort. Wir wollen damit sichtbar machen, dass wir keine Einzelkämpfer*innen sind.«

Parlamentarische Anfragen durch AfD im Landtag

Auch in Thüringen hat die parlamentarische Stärke der AfD – die hier unter Landeschef Björn Höcke einen besonders nationalistischen Kurs fährt – Auswirkungen auf die Demokratie-Arbeit. Alexander Krampe von KoKont Jena, Koordinierungsstelle des Jenaer Stadtprogramms und Kontaktbüro des Runden Tisches für Demokratie, sagt, die Fraktion erkundete sich in Anfragen immer wieder nach

Finanzierung und Kooperationen, im Bestreben, vermeintliche Kontakte zum Linksextremismus aufzudecken. Doch bisher gebe es mit der rot-rot-grünen Landesregierung eine gute Partnerin. »Solche Anfragen werden sehr zurückhaltend beantwortet – es wird schon recht sensibel darauf geachtet, welche Informationen herausgegeben werden.« Das schütze vor Anfeindungen. In der Universitätsstadt Jena selbst gebe es noch keine Erfahrungen mit der rechtspopulistischen Partei, bis Mai 2019 waren sie hier kommunalpolitisch nicht aktiv.

Diffamierung durch AfD zeigt Wirkung

Auch in Brandenburg steht der AfD, deren Partei- und Fraktionschef Andreas Kalbitz ebenfalls zum völkischen Flügel der Partei zählt, den Umfragen zufolge wohl ein großer Wahlerfolg bevor. Und auch hier steht die Rechtsaußenpartei mit der Zivilgesellschaft auf Kriegsfuß: Der durch öffentliche Gelder geförderte Initiative »Tolerantes Brandenburg« wirft die Partei »politische Manipulation auf Steuerzahlerkosten, Denunziantentum und Selbstgespräche im rot-rot-grünen Elfenbeinturm« vor. Der Protest gegen verschiedene Anti-Rechts-Kampagnen zeigte Wirkung: In einem Gutachten des Parlamentarischen Beratungsdienstes im Landtag wird mehr staatliche Neutralität angemahnt. Geld von staatlichen Stellen solle nicht für Anti-Werbung genutzt werden, die eine konkrete Partei zum Ziel habe – und schon gar nicht kurz vor Wahlen. Das Land müsse Neutralität wahren und bei der Vergabe von Fördergeld künftiger besser aufpassen, was die Engagierten damit machen. Fördermittelbescheide sollten etwa durch Nebenbestimmungen wie »einem Verbot eines zugunsten oder zulasten politischer Parteien erfolgenden Mitteleinsatzes« ergänzt werden.

Für die Initiativen dürfte es mit mehr Stimmen für die AfD in den Landtagswahlen nicht einfacher werden. Zugleich warnen Opferberatungsstellen vor mehr rechter Gewalt in Ostdeutschland vor den Wahlen – die Zunahme der Angriffe sei »auch ein Resultat der Verschiebung des öffentlichen politischen Diskurses«, sagt Robert Kusche vom Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Diese Verschiebung sehen Beobachter*innen in allen Bundesländern – nicht nur im Osten.



Das Netzwerk für demokratische Kultur in Würzen wird immer wieder massiv angegriffen. Dem Vorwurf, ein »Netzwerk« zu sein, entgegenen die Engagierten mit einem eindeutigen Banner. © NdK e.V.

Rostock-Lichtenhagen im Gedächtnis

»Und der Rauch wurde immer dichter und dichter...« Im Sommer jähren sich zum 27. Mal die rassistischen Pogrome von Rostock-Lichtenhagen. Lange wurde das Erinnern verdrängt. So lange, bis nach der Selbstenttarnung des NSU erstmals wieder Debatten über Rassismus in der deutschen Gesellschaft geführt wurden. Dass so etwas nochmals geschehen kann, zeigen nicht nur Solingen und Hoyerswerda, sondern auch Heidenau und Freital. Die rassistische Grundstimmung der neunziger Jahre scheint aktueller denn je.

Für die Engagierten von Soziale Bildung e.V. in Rostock Grund zum Erinnern und Mahnen. Sie recherchieren, archivieren und informieren mit dem Ziel, Lichtenhagen im Gedächtnis zu behalten. Mit dem gesammelten Material verfolgen sie nun ein neues Vorhaben: die Entwicklung eines App-basierten Rundgangs durch Erinnerungsorte der rassistischen Ausschreitungen von Rostock. Der einfache Zugang zur Geschichte per Handy soll insbesondere jüngere Generationen erreichen. Generationen, in deren Verantwortung es liegt, dass das versuchte Pogrom im Gedächtnis bleibt und sich niemals wiederholt!

»Nicht mehr nur reden, sondern auch was tun!«

»Wir wollten raus aus dieser Ratlosigkeit – nicht mehr nur reden, sondern was tun!« Das war für Sebastian und Hilke klar, nachdem sie eine Demonstration gegen das rechtsradikale Bündnis »Heimatliebe Brandenburg« besuchten. Nicht mehr nach Worten zu suchen, wenn sie mit diskriminierenden Sprüchen konfrontiert sind, ist den Studierenden aus Eberswalde wichtig. Aber ihre Suche nach Argumentationstrainings in der brandenburgischen Stadt bleibt erfolglos. Deswegen entscheiden sie sich, zum ersten Mal selbst etwas zu organisieren – und stellen mit Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung einen Workshop auf die Beine: »Wir haben gemerkt: wir können aktiv werden und finden Unterstützung von anderen Menschen, die sich für eine vielfältige Gesellschaft einsetzen. Das war richtig, richtig gut!«

#nichtmituns: Junge Neuköllnerinnen stellen sich gegen Antisemitismus

Antisemitismus soll in ihrem Umfeld keinen Platz haben – dafür setzen sich zehn junge Frauen aus Berlin-Neukölln ein. Die Amadeu Antonio Stiftung unterstützt sie dabei.

Von Franziska Schindler

Zehn Neuköllnerinnen machen sich auf den Weg nach Amsterdam. Es ist die Zeit, in der der Rapper Kollegah trotz antisemitischer Songtexte den Echo gewinnt und sich die Fälle von antisemitischem Mobbing an Berliner Schulen häufen. In Amsterdam stoßen die Berlinerinnen auf die Geschichte von Anne Frank. Nach ihrer Rückkehr ist ihnen klar: Sie möchten verstehen, wie es zu Antisemitismus kommt, und sich dafür einsetzen, dass dieser in ihrem Umfeld keinen Platz hat.

Was die jungen Frauen zusammenbringt? Sie sind Besucherinnen des Neuköllner Mädchentreffs Schilleria. Im Berliner Schillerkiez, der massiv von Gentrifizierung betroffen ist, leben Menschen unterschiedlichster Milieus und mit den verschiedensten Einwanderungsgeschichten Tür an Tür. Die Schilleria heißt sie alle willkommen. Für Mädchen und junge Frauen aus dieser Gegend ist sie nicht nur Kiezwohngemeinschaft, sondern auch Ort der Politisierung und des Empowerments. Ein schützender Raum, an dem Mädchen zu starken Frauen werden. Dass antisemitische Sprüche und rassistische Witze hier keinen Platz haben, ist den zehn Berlinerinnen



wichtig. Mit dem von ihnen ins Leben gerufenen Projekt #nichtmituns möchten sie die Besucherinnen der Schilleria für Antisemitismus sensibilisieren. »Dass die Idee von den Teilnehmerinnen selbst kam, macht das Projekt so besonders«, erzählt Projektleiterin Elisabeth Hell. Zusammen mit den jungen Frauen stellt sie ein Fortbildungsprogramm auf die Beine. Dabei setzen sie sich mit der NS-Vergangenheit Deutschlands ebenso wie mit gegenwärtigen Formen von Antisemitismus auseinander, lernen aber auch Methoden der politischen Bildung kennen – mit dem Ziel, selbst Workshops für die Jüngeren anleiten zu können.

Wer das Projekt leitet und wer daran teilnimmt, da-

rauf kommt es hier nicht an. »Ich lerne mindestens genauso viel von den Teilnehmerinnen wie sie von mir«, berichtet Elisabeth Hell. Die jungen Frauen sind nicht nur Expertinnen dafür, welche Bildungsangebote im Kiez gebraucht werden. Viele von ihnen sind selbst von rassistischer oder sexistischer Diskriminierung betroffen und können sich gut in Situationen hineinversetzen, in denen Menschen aufgrund ihrer vermeintlichen Andersartigkeit abgewertet werden. »Wir haben viel über unsere persönlichen Erfahrungen gesprochen, aber auch über Strategien, wie wir in unserem Alltag in Diskriminierungssituationen intervenieren können«, erzählt Berivan Köroğlu von der ju:an-Praxisstelle der Amadeu Antonio Stiftung über die Arbeit mit den Jugendlichen. Die Amadeu Antonio Stiftung unterstützt das Projekt nicht nur bei seiner Finanzierung, sondern auch durch ein Workshopwochenende mit der ju:an-Praxisstelle für antisemitismus- und rassistismuskritische Jugendarbeit.

Inzwischen haben die Teilnehmerinnen das Jüdische Museum und die Gedenkstätte Ravensbrück besucht. Die Projektleiterin kommt ins Schwärmen: »Es ist sehr, sehr schön, dass alle so motiviert sind, dabeibleiben und aktiv mitdiskutieren.« Nach der Qualifizierungsphase geht es in die Praxis: »Wir wollen anhand von Alltagssituationen in der Schilleria, die rassistisch oder antisemitisch waren, nochmal überlegen: Wie kann man da intervenieren, wie kann man im Alltag in solchen Situationen dazwischen gehen?«. Derzeit entwickeln die jungen Frauen Workshop-Formate, die sie bald im Mädchentreff und in ihren Schulen ausprobieren wollen. Wir sind gespannt auf ihre Erfahrungen!

Fotos: © Schilleria



Feindbild Zivilgesellschaft

Im November 2018 erlebte die Amadeu Antonio Stiftung Angriffe auf ihre Arbeit in einer bisher ungekannten Intensität. Ausgangspunkt war die Handreichung »Ene, mene, muh – und raus bist du«, die sich mit Diskriminierung und Ungleichwertigkeit im Kontext frühkindlicher Pädagogik befasst. Im Rückblick zeigt sich: Zwar wurde die Arbeit der Stiftung durch die Diffamierungskampagne zeitweise massiv beeinträchtigt. Zugleich entstand jedoch eine neue mediale Aufmerksamkeit und gesellschaftliche Debatte zum Thema. Eine Bilanz.

Von Franziska Schindler

»Was wir zuvor an Anfeindungen erlebt hatten, war im Vergleich dazu ein Sturm im Wasserglas«, beobachtet Judith Rahner, Leiterin der Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung. Die hohe Intensität der Angriffe über mehr als sechs Wochen hinweg macht deutlich, wie der Einzug in Bundestag und Landesparlamente es der AfD ermöglicht, mit großem Ressourceneinsatz und gesteigener Professionalität gegen zivilgesellschaftliche Akteure vorzugehen. Andererseits lesen sich die Angriffe als Lehrbuchbeispiel neurechter Diffamierungsstrategien, die neben der Amadeu Antonio Stiftung zahlreiche weitere zivilgesellschaftliche Akteure treffen. Inhalte der Kita-Handreichung wurden gezielt falsch dargestellt und umgedeutet, indem Zitate verkürzt und aus dem Zusammenhang gerissen wurden. Hunderte diskreditierende Emails sowie mehrere Mord- und Anschlagdrohungen sind als Einschüchterungsversuche zu verstehen. Da die Stiftung dennoch dem Anspruch gerecht werden will, Menschen auf berechnete Fragen zu antworten, entstand allein durch das Sichten der zahlreichen Zuschriften eine massive psychische Belastung. Darüber hinaus erreichte die AfD mit parlamentarischen Anfragen und der Beantragung aktueller Stunden, dass die Publikation in mehreren Landtagen und im Familienausschuss des Bundestags diskutiert wurde. Einmal mehr sollten die Parlamente zu Arenen neurechter Diskursverschiebung werden. Gerade dort wurde allerdings auch deutlich, wie eine Diffamierungskampagne erfolgreich entkräftet werden kann – wenn demokratische Parteien zusammenhalten. »Ich finde schon, dass Erzieherinnen und Erzieher damit umgehen lernen müssen, wenn Eltern in rechtsextremen Kameradschaften sind«, konstatiert der bildungspolitische Sprecher der FDP Björn Försterling im niedersächsischen Landtag und benennt deutlich: »Was wir hier in

der aktuellen Stunde erlebt haben, ist mal wieder nichts anderes, als aus dem Zusammenhang gerissene Sätze in populistische Botschaften umwandeln zu wollen«. Sein Kommentar wird mit tosendem Applaus aller demokratischen Fraktionen bedacht. Ähnlich verlief die Debatte im Landtag von Baden-Württemberg.

Maßgeblich trugen auch der Rückhalt der Verwaltung und von Wissenschaftler*innen zur Entkräftung der Diffamierungskampagne bei. Das fördernde Bundesfamilienministerium stellte sich klar hinter die angegriffene Publikation. Wissenschaft und Fachöffentlichkeit bestätigten den Bedarf der Handreichung mit zahlreichen Stellungnahmen und wiesen die Falschbehauptungen zurück. Die Publikation wurde über 400.000 Mal heruntergeladen, die Stiftung bundesweit für Fortbildungen zum Thema angefragt. »Die Sensibilität im Arbeitsfeld ist enorm gewachsen«, resümiert Judith Rahner, »und wir geben unsere zusätzlich gewonnene Erfahrung an andere Initiativen und Organisationen weiter, um Handlungssicherheit bei Anfeindungen zu schaffen.« Nicht zuletzt ist der solidarische Schulterschluss zivilgesellschaftlicher Akteure ein positives Ergebnis der Hasskampagne.

Die Angriffe auf die Stiftung und auf die Autor*innen der Handreichung haben nicht nur bestätigt, wie notwendig die gesellschaftliche Debatte um Gleichwertigkeit in der frühkindlichen Bildung und die Stärkung pädagogischer Akteure ist. Sie haben auch dazu beigetragen, die Aufgabe der Demokratieförderung in der Kita bundesweit auf die Tagesordnung zu setzen. Die Diffamierungskampagne zeigt als ein Beispiel von vielen, wie die demokratische Zivilgesellschaft unter Druck steht. Sie zeigt auch: Die Abwehr rechtspopulistischer Angriffe ist immer auch ein Kampf für den demokratischen Diskurs und kann nur gemeinsam gelingen.



Die Handreichung »Ene, mene, muh – und raus bist du« setzt sich mit den Themen Gleichwertigkeit und frühkindliche Bildung auseinander und gibt praktische Hinweise und Handlungsempfehlungen, wie in der Kindertagesbetreuung der demokratische Umgang mit Ausgrenzungen oder rechtsextremen Elternhäusern fachlich gestärkt werden kann. Sie steht auf der Website der Amadeu Antonio Stiftung zum Download bereit.

Ludwigsburg steht auf

Festival gegen Rassismus am 6. Juli



© Mut gegen Rechts Ludwigsburg

GEFÖRDERTES PROJEKT »Wir sind überzeugt, dass die Mehrheit der Leute hier noch immer für Menschenrechte und gegen Rassismus sind – aber diese Mehrheit ist viel zu wenig sichtbar.« Das steht für das Team des Mut gegen Rechts-Festivals in Ludwigsburg fest. Damit der Protest gegen die Normalisierung von Menschenfeindlichkeit lauter wird, organisieren die Engagierten ein buntes Festival, das neben Musik auch Raum für Workshops, Diskussionsrunden und zum Nach-

denken bietet, dieses Jahr zum Thema: Was bedeutet Solidarität für dich? »Rechtspopulist*innen haben das Talent, scheinbar einfache Antworten zu präsentieren – aber die basieren auf Abwertung und Hass. Wir wollen dieser Politik den Deckmantel der Legitimität entziehen«, so Johanna Marold, Pressesprecherin des Festivals. Sie wollen dabei sein? Am 6. Juli findet das Mut gegen Rechts-Festival 2019 in Ludwigsburg statt. Mehr Infos gibt es unter www.rockgegenrechts.org.

»Wie menschlich halten wir's?«

Ein Gespräch mit der Rapperin Sookee



Sookee beim Highfield Festival 2017
© Christian Grube

Es gibt sie überall: Menschen, die sich tagtäglich für eine offene und solidarische Gesellschaft einsetzen. Das Bündnis #WannWennNichtJetzt plant eine Marktplatz- und Konzerttour im Vorfeld der Landtagswahlen an neun Orten in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Die Amadeu Antonio Stiftung unterstützt sie dabei, die zivilgesellschaftlichen Strukturen vor Ort sichtbar zu machen und nachhaltig zu stärken. Mit dabei ist auch die queerfeministische Rapperin und Antifaschistin Sookee. Wir sprachen mit ihr über Mut, Grundrechte und darüber, was es bedeutet, Solidarität zu leben.

Du spielst ein Konzert im Rahmen der #WannWennNichtJetzt-Tour. Warum ist es Dir wichtig, die Aktiven vor Ort zu unterstützen?

Wir in den Großstädten, vor allem in der Hauptstadt, haben es relativ leicht. Wir haben natürlich auch reale Nazis in den Straßen, in den Büros, in der U-Bahn, im öffentlichen und alltäglichen Leben, aber nicht in der Massivität wie in Thüringen, Brandenburg, Sachsen. Solidarität ist ein so großer Begriff, den wir viel verwenden. Aber inwiefern solidarisieren wir uns tatsächlich mit den eigenen Genoss*innen ein paar Kilometer außerhalb der Stadtgrenze? Mein Eindruck ist, dass es niemand in der im weitesten Sinne antifaschistischen Landschaft so schwer hat wie die Menschen in den ländlichen Regionen – insbesondere im Osten. Ich habe das Gefühl, die Leute dort sind immer in der Position, zu erbitten und zu erbetteln, dass die Leute aus den größeren Städten ihre Politik bitte nicht nur in der Stammkneipe diskutieren, sondern auch in der ländlichen Region Praxis werden lassen.

Ich ziehe alle mir zur Verfügung stehenden Hüte vor diesen Leuten, die in den Kleinstädten das Maul aufmachen und sagen: »Liebe Leute, das Ost-Bashing ist berechtigt, aber bitte vergesst uns hier nicht. Wir versuchen das Ding irgendwie zu retten und es wäre schön, wenn wir nicht mit in den Pott des »dummen Nazi-Sachsens« gerührt würden. Es wäre schön, wenn unsere Existenz, unsere Arbeit und die Energie, die wir aufbringen – und auch die Gefahren, denen wir uns aussetzen – gesehen würden, und wir Unterstützung bekämen.«

Wie blickst Du auf den Erfolg rechtsradikaler Parteien in Brandenburg, Thüringen und Sachsen bei der Kommunal- und Europawahl?

Das Erstaunliche daran ist ja, dass jetzt wieder das große Entsetzen passiert: »Oh, ein Viertel der Wähler*innen will eine rechte Partei!« Wir haben

seit 2015 diesen Begriff »Rechtsruck«, den ich eher als Rechtsschleichen bezeichnen möchte. Mir fallen genügend Leute ein, die schon in den 90er Jahren in der sächsischen Provinz von Nazis gejagt wurden, jeden Tag. Und das, obwohl sie herkunftsdeutsche Weiße sind, aber die »falsche« politische Einstellung haben – ganz zu schweigen von Leuten of Color, die sich noch nicht einmal inhaltlich äußern müssen, sondern bloß existieren, und schon angegriffen werden. Die haben für den Begriff Rechtsruck natürlich nur ein müdes Lächeln übrig. Die Situation war schon in den letzten Jahrzehnten, und auch vor der Wende, sehr schwierig. Das ist alles nicht neu, da ruckt nichts, das ist ein Missverständnis.

Was kann jede*r Einzelne gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus tun?

Die Frage ist: Wie menschlich halten wir's? Und das hat viel damit zu tun, ehrlich zu sich selbst zu sein und Mut zu entwickeln, zu widersprechen. Es ist nachvollziehbar, wenn nicht jede*r Einzelne immer die Kräfte und Ressourcen hat, sich dagegen zu stellen – eben deswegen ist es wichtig, sich zusammenzuschließen.

Wir alle können von einem Moment auf den nächsten in die Situation geraten, dass wir selbst zum Feindbild werden. Wenn es an das eigene Portemonnaie oder an die eigene Identität geht, dann werden die Leute wach. Wie wär's, wenn wir nicht warten, bis es uns selbst betrifft? Wenn wir uns nicht nur auf uns selbst beziehen, sondern so viel grundlegende Zivilität und Humanität in uns tragen, dass für uns der andere Mensch genauso viel wert ist wie das eigene Leben? Und der andere Mensch bedeutet: jeder andere Mensch.

Das zu erkennen ist so trivial und gleichzeitig so groß. Artikel 1 des Grundgesetzes heißt: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.« Die Realität dazu ist eine ganz andere. Sich dieser Kluft gewahr zu werden, ist, glaube ich, der allererste Schritt. Wir müssen uns klar machen: In welcher Gesellschaft wollen wir leben, und wie wollen wir diese Gesellschaft gestalten? Empathie und Herzensbildung halte ich dabei für grundlegend. Das mag etwas hippiesk klingen – aber wenn Intelligenz und Intellektualität die Welt retten könnten, wäre das schon längst geschehen. Es ist genug für alle da. Wir sollten uns von Populismen und Angstmache nicht manipulieren lassen.

Das Interview führte Henrike Koch.

Tourdaten: Zwickau (20.7.), Bautzen (27.7.), Erzgebirge (3.8.), Märkisch Oderland (3.8.), Cottbus (3.8.), Plauen (10.8.), Forst (17.8.), Grimma (30./31.8.), Saalfeld (21.9.).

CURA macht Mut!

Mit mehr als 9.200 Euro hat der Opferfonds CURA im Jahr 2019 bereits Betroffene rechter Gewalt unterstützt. Besonders in Sachsen sahen sich Opfer rechter Gewalt aufgrund der akuten Bedrohungslage zunehmend gezwungen wegzuziehen, und CURA stand ihnen bei den Umzugskosten zur Seite.

Solidarität macht Mut! Unterstützen Sie Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt jetzt mit einer Spende an den Opferfonds CURA: www.opferfonds-cura.de



Bücherkiste ohne Rassismus

Rassismus durchzieht unsere Gesellschaft und macht auch vor Spielräumen nicht halt. Kinderläden schärfen den Blick für Diskriminierung in ihren Einrichtungen.

GEFÖRDETES PROJEKT Wer nach Kinderbüchern sucht, in denen zwei Väter, Familien mit Einwanderungsgeschichte oder Schwarze Deutsche vorkommen, für den wird das Bücherregal schnell sehr klein. Kinder lernen bereits in frühen Jahren, was als Normalität und was als Abwertung gewertet wird. Spielzeuge, Bücher und Lieder sind dabei besonders wichtig, denn sie vermitteln Lebenswelten. Kinder lernen auch, welche Formen der Entfaltung ihnen in unserer Gesellschaft zugestanden werden – und welche nicht. Sie erleben früh Benachteiligung aufgrund von Herkunft, Geschlecht, Hautfarbe oder Behinderung. Diskriminierungserfahrungen gefährden nicht nur das momentane, sondern auch das zukünftige Wohlergehen der betroffenen Kinder. Der Kinderladen-Initiative Hannover e.V. ist bewusst, dass Rassismus auch in ihren Mitgliedsrichtungen ein Thema ist. Die Amadeu Antonio Stiftung unterstützt sie darin, den eigenen Blick für ein diskriminierungssensibles Spiel- und Lernum-

feld zu schärfen. Der Verein lädt die Referentinnen Verena Meyer und Ilinda Bendler ein, die sich bei der Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland engagieren. Für ihren Workshop zu »Rassismus, Diskriminierung und Empowerment in der KiTa« haben sie einige Kinderbücher im Gepäck. Sie möchten »inspirieren und Impulse setzen«. Die Referentinnen stellen gelungene Kinderbücher vor und kommen mit Eltern und pädagogischen Fachkräften darüber ins Gespräch, was diese ausmacht: »Warum ist dieses Buch eigentlich gut? Was fördert es in der Entwicklung von Kindern, die von Diskriminierung betroffen sind?« Jetzt machen sich die Kinderläden an die Arbeit: »Die eigene Bücherkiste durchgehen, das Thema auf Elternabenden zur Sprache bringen, diskriminierungssensible Bücher anschauen«, fasst Sebastian Dymala von der Initiative einige Vorhaben zusammen. Die Jüngsten in unserer Gesellschaft sollen in einem geschützten und stärkenden Umfeld aufwachsen, in dem sie Gleichberechtigung und demokratische Werte lernen. Besonders diskriminierungssensible Kinder- und Jugendliteratur wird mit dem KIMI-Siegel ausgezeichnet, in dessen Jury auch die Amadeu Antonio Stiftung vertreten ist. *Von Henrike Koch*

Spurensuche in einer Stadt des NSU

Der NSU radikalisierte sich in Jena. Das Bündnis »NSU-Komplex auflösen« begibt sich dort auf Spurensuche: Welches Umfeld prägte die Täter*innen? Warum verläuft die Aufarbeitung so schleppend? Was lässt sich daraus für die Zukunft lernen? Die Amadeu Antonio Stiftung unterstützt die Engagierten bei ihrem Beitrag zur kritischen Stadtgeschichte.

Von Henrike Koch

GEFÖRDETES PROJEKT Der NSU ermordete zehn Menschen in Nürnberg, Hamburg, Rostock, München, Dortmund, Heilbronn und Kassel. Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe radikalisierten sich in Jena. Die Ortsgruppe des Bündnisses NSU-Komplex möchte sich der eigenen Stadtgeschichte stellen. Gemeinsam mit jungen Menschen beschäftigen sie sich mit der Entstehung des NSU-Komplexes. Wie war das gesellschaftliche Klima in den 90er Jahren, der Sozialisationszeit der Haupttäter*innen? »Wir wollen anhand von lokalen Recherchen, Interviews und Zeitungsschnipseln die Geschichte von unten aufarbeiten«, erzählt Kim, die in der Ortsgruppe Jena aktiv ist. Dabei sollen vor allem die (Alltags-)Erfahrungen jener, die in den 90er Jahren rechte Gewalt erlebten, einfließen. Wer damals vor rechtsextremem Gewalt warnte, wurde oft nicht ernstgenommen. »Wir möchten einen Beitrag zu einer kritischen

Stadtgeschichte liefern«, so Kim. In Jena mangelt es vonseiten der Stadt bisher an Aufarbeitung. Ihre Dokumentation werden die Engagierten nach Abschluss des Projektes deshalb der Öffentlichkeit zugänglich machen. »Wir wollen etwas Bleibendes hinterlassen, über die individuellen Bildungsprozesse hinaus.« Ob sich daraus ein Stadtrundgang, eine Ausstellung oder etwas anderes entwickelt, hängt von den Teilnehmenden der Geschichtswerkstatt ab. Auf jeden Fall sollen sich aus dem Projekt Lehren ergeben, wie künftiger Rechtsextremismus zu verhindern ist. Denn der hat seit der Nachkriegszeit eine traurige Kontinuität. Genauso wie der Umgang damit, meint Kim: »Es gibt leider auch eine Kontinuität, das zu leugnen.« »Grabe, wo du stehst« – das Motto vieler Geschichtswerkstätten ist Leitmotiv bei der Spurensuche. Ausgegraben werden sollen die lokalen Perspektiven und Erzählungen, die in der offiziellen Geschichtsschreibung oft nicht vorkommen. In Interviews und Recherchen lernen die Jugendlichen, dass Geschichtsschreibung ein politischer Prozess ist – mit Auslassungen und bisweilen einseitigem Fokus. Dieser Prozess muss immer wieder hinterfragt, kritisiert und ergänzt werden. Rechtsextremismus in der eigenen Stadt(-geschichte) zu benennen ist ein erster Schritt, um zu bewirken, dass gegen rechtsextreme Positionen vorgegangen wird. Auf diesen Weg haben sich die Jugendlichen gemacht.



Was eine gesplante Stadt wieder zusammenbringt

Was tun, wenn in einer Stadt rechtspopulistische und rechtsextreme Akteure versuchen, den Diskurs zu dominieren? Was eint eine gesplante Stadt? In Bürgerdialogen zeigt sich wie unter einem Brennglas, welche Positionen in einer Gesellschaft aufeinandertreffen. Viele dieser Dialogveranstaltungen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen werden von der Amadeu Antonio Stiftung unterstützt. In Cottbus liegt nun eine erste wissenschaftliche Auswertung des zunehmend populären Gesprächsformats vor. Wir haben nachgefragt, was einen erfolgreichen Dialog ausmacht, und wann er Rassismus und Demokratiefindlichkeit zementiert.

Von Franziska Schindler

Cottbus ist eine der Städte, in denen sich die rassistische Stimmung gegen Asylsuchende in den letzten Jahren verschärft hat. Mit den Demonstrationen des rechtsradikalen Bündnisses »Zukunft Heimat« im

Jahr 2017 verstärkte sich in der brandenburgischen Stadt ein rechtspopulistischer, flüchtlingsfeindlicher Diskurs. Der kommt nicht von ungefähr: Bereits seit den späten 1980er Jahren gibt es in Cottbus eine vergleichsweise starke rechtsextreme Szene. Im Ultra-Block des Fußballvereins Energie Cottbus haben rechtsextreme Hooligans das Sagen. Um über die Konflikte in der Stadtgesellschaft miteinander in einen Austausch zu treten, beschlossen alle Parteien im Stadtparlament, Bürgerdialoge ins Leben zu rufen. Heike Radvan, Professorin für Soziale Arbeit an der Universität Cottbus, erforscht gemeinsam mit Michael Raab deren Verlauf. »Letztendlich geht es darum, wie man im öffentlichen Raum agieren und intervenieren kann, wenn rechtspopulistische Akteure dort strategisch auftreten«, erklärt sie. In einigen Stadtteilen melden sich Menschen zu Wort, die gegen Rassismus und für ein weltoffenes Cottbus eintreten. Ebenso wie migrantische Perspektiven sind diese Positionen jedoch deutlich in der Minderheit. Den Diskurs dominieren verschwörungsideologische und flüchtlingsfeindliche Wortmeldungen. Dass ihnen gelingt, die Inhalte der

Debatte zu bestimmen, hat auch mit dem Antwortverhalten der Politiker*innen und der Moderation der Dialoge zu tun. Häufig bleiben diskriminierende Aussagen unwidersprochen. »Davon auszugehen, dass schlichtes Zuhören und Verständnis für flüchtlingsfeindliche und rassistische Positionen hilft, den sozialen Frieden in einer Stadt zu gewährleisten – das ist ein Trugschluss«, konstatiert Radvan. Werden menschenfeindliche Aussagen kommentarlos toleriert, etabliert sich eine Atmosphäre, in der Rassismus und Demokratiefindlichkeit akzeptiert zu sein scheinen. Der Raum des Sagbaren wird verschoben. Damit dies nicht geschieht, sind klare Gesprächsregeln nötig, die sich nicht auf »Anstand« und »Ausreden-Lassen« beschränken, so Radvan. »Im Sinne einer wehrhaften Demokratie brauchen wir klare Regeln für einen Dialog, der dann begründet als demokratisch bezeichnet werden kann: Es muss festgelegt werden, ab wann Aussagen anfangen, demokratischen Standards nicht mehr zu entsprechen. Das beginnt zum Beispiel bei Diskriminierungen – dann muss interveniert werden.« Nur so

wird deutlich, dass Demokratie auch Minderheitenschutz bedeutet. Eine klare Haltung gegen Diskriminierung zeigt Wirkung, wenn sie über die Bürgerdialoge hinausgeht. »Ein Beschweigen von Rechtsextremismus und Rassismus hilft hier nicht weiter. Notwendig ist eine konzertierte Antwort auf ganz verschiedenen Ebenen«, erklärt Radvan. Dazu gehört die unmissverständliche Positionierung aller demokratischen Politiker*innen, aber auch die deutliche öffentliche Benennung des Problems durch die verschiedenen Akteure der Stadtgesellschaft – von der Feuerwehr bis zum Lehrendenkollegium. »Es hat in dieser Stadt immer eine Vielzahl von Personen gegeben, die sich gegen Neonazis, gegen Rassismus eingesetzt haben – das wird oft vergessen«, beobachtet Radvan. Ihre Perspektiven sichtbar zu machen und marginalisierte Gruppen zu stärken ist notwendig, um Cottbus zu einer Stadt zu machen, in der alle Menschen ohne Angst vor Diskriminierung leben können. Die Bürgerdialoge können ein erster Schritt dahin sein, wenn alle an einer demokratischen Gesprächsführung mitwirken.

IHRE SPENDE KOMMT AN!

Die Amadeu Antonio Stiftung trat 1998 mit der Vision an, Demokratie vor Ort zu stärken. Über 1.400 lokale Initiativen konnten wir seitdem bereits unterstützen, mehr als 270 Betroffenen rechter Gewalt mit dem Opferfonds CURA helfen. Dass dies möglich ist, verdanken wir der Unterstützung unserer Spender*innen. Ist unser Anliegen auch Ihres? Dann können Sie uns dabei helfen:

Spendenkonto GLS Bank
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
BIC: GENODEM1GLS

Spenden an die Amadeu Antonio Stiftung sind steuerlich abzugsfähig. Bitte geben Sie dafür bei der Überweisung im Betreff oder mit einer kurzen E-Mail Ihre Adresse mit an.

Impressum

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung, Juni 2019
Novalisstraße 12, 10115 Berlin
info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de
Redaktion: Franziska Schindler und Timo Reinfrank (V.i.S.d.P.)
Gestaltung: Design
Sofern nicht anders angegeben, liegen die Bildrechte bei der Amadeu Antonio Stiftung.

ICH MÖCHTE DIE AMADEU ANTONIO STIFTUNG UNTERSTÜTZEN!

- Ich spende per Lastschrift _____ €
■ monatlich ■ halbjährlich ■ jährlich ■ einmalig

Ich bin damit einverstanden, dass die Amadeu Antonio Stiftung diesen Betrag von meinem Konto einzieht. Die Einzugsermächtigung kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstitutes keine Verpflichtung zur Einlösung.

IBAN _____ Name, Vorname _____
BIC _____ Straße, Nr. _____
Name der Bank _____ PLZ, Ort _____
Datum _____ Telefon _____
Unterschrift _____ E-Mail _____

Bitte ausschneiden und einsenden an:
Amadeu Antonio Stiftung, Novalisstraße 12, 10115 Berlin
■ Ich möchte den monatlichen E-Mail Newsletter erhalten